

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat

1. beschließt, den Entwurf der Haushaltssatzung 2012/2013 wie folgt zu ändern:

Beschlüsse zum Haushalt

PG 1.01.11	Liste CDU/B90/GRÜNE	Nr. 28
<u>Antrag/Anfrage</u> Externe Organisationsberatung <u>Beschreibung</u> Der Bürgermeister wird beauftragt, die Aufwendungen für externe Organisationsberatung mit einem Sperrvermerk zu versehen und den Rat über den Umfang des Beratungsvertrags sowie die Ergebnisse der Beratung zu informieren.		

Der o.g. Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird einstimmig bei 1 Stimmenthaltung (BM) angenommen.

PG 1.01.15	Liste FDP	Nr. 20
<u>Antrag/Anfrage</u> Sanierung Flachdach FGH Bornheim <u>Beschreibung</u> Der VPLA stellt die Sanierung des Flachdachs des FGH Bornheim zurück bis über den Bau eines Rettungszentrums am Hellenkreuz entschieden ist.		

PG 1.01.15	Liste UWG/FORUM	Nr. 11
<u>Antrag/Anfrage</u> Sanierung Flachdach FGH Bornheim <u>Beschreibung</u> Die Sanierung des Flachdachs soll bis zur Entscheidung über ein Rettungszentrum am Hellenkreuz zurückgestellt werden.		

Die Antrag der FDP-Fraktion und der UWG/Forum-Fraktion die Sanierung zurückzustellen wird mit einem Stimmenverhältnis von
15 Stimmen für den Antrag (CDU, SPD tw., B 90/Die Grünen, FDP, UWG)
03 Stimmen gegen den Antrag (SPD tw., BM)
03 Stimmenthaltungen (SPD tw.)
angenommen.

PG 1.02.07	Liste FDP	Nr. 10
-----------------------	------------------	---------------

Antrag/Anfrage

Zuschuss an die Jugendfeuerwehr

Beschreibung

Der HFWA beschließt, den Zuschuss für die Jugendfeuerwehren auf 300 Euro pro Jahr zu erhöhen.

Der Bürgermeister und die Verwaltung vertreten die Auffassung, dass es sich dabei um eine Pflichtaufgabe handelt.

Der HFWA beschließt, den Zuschuss für die Jugendfeuerwehren auf 300 Euro pro Jahr, je Löschgruppe zu erhöhen.

Stimmenverhältnis:

-Einstimmig-

bei 8 Stimmenthaltungen (CDU)

PG 1.02.07	Liste CDU/B90/GRÜNE	Nr. 29
<u>Antrag/Anfrage</u> Weiterentwicklung der Feuerwehr <u>Beschreibung</u> Der Bürgermeister wird beauftragt, die im Haushalt 2011 nicht benötigten Mittel zur Weiterentwicklung der Feuerwehr in Höhe von 30.000 Euro erneut mit einem Sperrvermerk in den Haushalt einzusetzen.		

Der o.g. Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird einstimmig angenommen.

PG 1.03	Liste CDU/B90/GRÜNE	Nr. 1
<u>Antrag/Anfrage</u> Inklusion <u>Beschreibung</u> Der Bürgermeister wird beauftragt, einen Bericht durch den städtischen Behindertenbeauftragten erstellen zu lassen, der zum einen den Sachstand der Umsetzung der Inklusion behinderter Menschen in den einzelnen Lebensbereichen des Gemeinwesens Bornheim in Form einer Bilanz darstellt, zum anderen konzeptionelle Überlegungen beinhaltet, wie Inklusion durch entsprechendes Verwaltungshandeln gefördert werden kann. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung sollen ebenfalls in geeigneter Form über die UN-Behindertenkonvention zu Inklusion informiert werden und darauf hinwirken, dass städtische Planungen generell unter den Inklusionsgedanken gestellt werden.		

Der Bürgermeister wird beauftragt, bis zur Ratssitzung die benötigten Finanzmittel zu benennen, die erforderlich sind, um externe Beratung in Anspruch nehmen zu können.

Stimmenverhältnis:

-Einstimmig-

bei 4 Stimmenthaltungen (CDU tw., FDP)

PG		Nr.
-----------	--	------------

1.03.02		
	<u>Antrag/Anfrage</u> Sekundarschule Merten <u>Beschreibung</u> Der Bürgermeister wird beauftragt, zusätzliche Mittel in Höhe von 11.200 Euro jährlich in den Ergebnisplan bei der Produktgruppe 1.03.02 einzustellen.	

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bis zur Ratssitzung soll dargestellt werden, wie sich die Haushaltsposition gegliedert darstellt und parallel soll ausgewiesen werden, wie es in der Europaschule aussieht.

Kosten Schülerspezialverkehr

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt auf Antrag der CDU-Fraktion dem Rat, die entsprechenden Haushaltsmittel in den Haushaltsjahren 2012 und 2013 für die Anbindung der Walberberger Schüler/innen an die Europaschule an den Schülerspezialverkehr im Haushalt vorzusehen. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Für die Ratssitzung werden die entsprechenden Kosten vorgelegt.

PG 1.05.03	Liste SPD	Nr. -
	<u>Antrag/Anfrage</u> Reduzierung des Ansatzes der öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte <u>Beschreibung</u> Reduzierung des Ansatzes der öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte (S. 258, Zeile 4), da kein weiterer Zuzug von Spätaussiedlern zu erwarten ist.	

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss beschließt, die Mittel im Ansatz zu belassen und der Bürgermeister wird beauftragt zu prüfen, in welcher Produktgruppe die Veranschlagung zu erfolgen hat.

Stimmenverhältnis:

-Einstimmig-

Die zuständige Produktgruppe und um welche Einrichtung es sich handelt, wird bis zur Ratssitzung geklärt.

PG 1.11.03	Liste CDU/B90/GRÜNE	Nr. 27
	<u>Antrag/Anfrage</u> Betriebsführung Wasserwerk <u>Beschreibung</u> Der Bürgermeister wird beauftragt, die Beratungskosten von 50.000 Euro zu streichen, da kein Konzessionierungsverfahren geplant ist. Gemäß der Beauftragung des HFWA soll ein neues Konzept zur Betriebsführung von Wasser- und Abwasserwerk auf den Weg gebracht werden.	

Der o.g. Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird mit einem Stimmenverhältnis von
 11 Stimmen für den Antrag (CDU, B90/Die Grünen)
 10 Stimmen gegen den Antrag (SPD, FDP, UWG, BM)
 angenommen.

PG 1.12.02	Liste CDU/B90/GRÜNE	Nr. 13
	<u>Antrag/Anfrage</u> Parkscheinautomaten <u>Beschreibung</u> Der Bürgermeister wird beauftragt, die investiven Haushaltsmittel zum Erwerb von Parkscheinautomaten 2012 zu streichen. Die investiven Haushaltsmittel zum Erwerb von Parkscheinautomaten 2013 mit einem Sperrvermerk zu versehen bis ein Parkraumbewirtschaftungskonzept gemäß Konsolidierungsliste Pkt. 79 vorgelegt und verabschiedet wurde.	

Der o.g. Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird einstimmig bei 1 Stimmenthaltung (BM) angenommen.

PG 1.12.02	Liste CDU/B90/GRÜNE	Nr. 14
	<u>Antrag/Anfrage</u> Radverkehr <u>Beschreibung</u> Der Bürgermeister wird beauftragt, den Haushaltsansatz 5000185 Radverkehrskonzept auf 15.000 Euro zu erhöhen. Die Mittel sollen möglichst dafür eingesetzt werden, Fahrradschutzstreifen auf der Königstraße vom Hellenkreuz bis zur Pohlhausen Straße zu schaffen und eine Anbindung des vorhandenen Radweges auf der Bonner Straße an den in der Diskussion befindlichen kombinierten Rad- und Fußgängerweg entlang der Friedrichstraße zu schaffen. Sollte der Radweg entlang der Friedrichstraße nicht realisiert werden können, werden die Mittel für Fahrradschutzstreifen auf der Bonner Straße zwischen dem Roisdorfer Bahnhof und der Kreuzung Herseler Straße/Bonner Straße/Siegesstraße eingesetzt.	

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss beauftragt auf Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der SPD-Fraktion den Bürgermeister, den Haushaltsansatz 5000185 Radverkehrskonzept auf 15.000 Euro zu erhöhen.

Stimmenverhältnis:

-Einstimmig-

PG 1.12.02	Liste CDU/B90/GRÜNE	Nr. 15
	<u>Antrag/Anfrage</u> Straßenausbau Brenig <u>Beschreibung</u> Der Bürgermeister wird beauftragt, gemäß Beschlussfassung die	

Investitionsmaßnahmen 5000071 Am Tonberg und 5000077 Steinacker in 2012 einzuplanen.

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss beauftragt auf Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der SPD-Fraktion den Bürgermeister, gemäß Beschlussfassung die Investitionsmaßnahmen 5000071 Am Tonberg, 5000077 Steinacker und Michelsberg Straße in 2012 einzuplanen, soweit die Maßnahme mit der vorhandenen Arbeitskapazität bewältigt werden kann und die Finanzierbarkeit (kostenneutrale Darstellung) gegeben ist.

Stimmenverhältnis:

-Einstimmig-

PG 1.12.02	Liste CDU/B90/GRÜNE	Nr. 18
	<u>Antrag/Anfrage</u> Uedorfer Weg <u>Beschreibung</u> Der Bürgermeister wird beauftragt, Mittel für die Planung und den Ausbau des Uedorfer Weg zu ermitteln und in den Haushalt/das Haushaltssicherungskonzept einzuplanen.	

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss beauftragt auf Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Bürgermeister, eine grobe Kostenermittlung vorzulegen und die Frage zu klären, in welchem Jahr die Kosten eingestellt werden können (bis zur Ratssitzung zu klären).

Stimmenverhältnis:

-Einstimmig-

bei 2 Stimmenthaltungen (FDP)

PG 1.12.02	Liste CDU / B90/GRÜNE	Nr. 21
	<u>Antrag/Anfrage</u> Elektromobilität <u>Beschreibung</u> Der Bürgermeister wird beauftragt, bei den Planungen für die P + R Plätze in Sechtem und Roisdorf die Errichtung von Elektrotankstellen einzuplanen. Hierfür ist der Haushaltsansatz um je 5.000 Euro zu erhöhen. Bei der Neu- bzw. Ersatzbeschaffung von städtischen Fahrzeugen soll der Einsatz von Elektrofahrzeugen geprüft werden.	

In der mittelfristigen Finanzplanung (2014) sollen 10.000 Euro für 2 Elektrotankstellen in den Haushalt eingestellt werden.

Stimmenverhältnis:

12 Stimmen für den Antrag (CDU, B90/Die Grünen, UWG)

09 Stimmen gegen den Antrag (SPD, FDP, BM)

Der Fachausschuss wird nochmals über das Thema informiert.

Allgemeine Beschlüsse

PG	Liste CDU/B90/GRÜNE	Nr. 26
	<u>Antrag/Anfrage</u> Aufgaben der Stabstelle Zentrales Controlling <u>Beschreibung</u> Der Bürgermeister wird beauftragt, die Aufgaben/Ergebnisse der Stabstelle Zentrales Controlling dem HFWA vorzustellen und Synergieeffekte einer Anbindung an den Finanzbereich zu beleuchten.	

Der Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird einstimmig bei 1 Stimmenthaltung (BM) angenommen.

PG	Liste FDP	Nr. 3
	<u>Antrag/Anfrage</u> Teilnahme am Projekt D115 prüfen <u>Beschreibung</u> Der HFWA beauftragt den Bürgermeister, analog zu den Städten Frechen, Hürth und Bonn eine Teilnahme am Projekt D115 zu prüfen. Ziel ist eine Nutzung der Callcenter-Infrastruktur der Stadt Köln zu Entlastung der Mitarbeiter der Stadt Bornheim.	

Der Antrag der FDP-Fraktion, die Vor- und Nachteile an einer Teilnahme am Projekt D 115 in einer der nächsten Sitzungen des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss darzustellen, wird einstimmig angenommen.

PG	Liste FDP	Nr. 6
	<u>Antrag/Anfrage</u> Bewertung der Beteiligungen der Stadt Bornheim <u>Beschreibung</u> Der HFWA beauftragt den Bürgermeister, den Wert aller Beteiligungen der Stadt Bornheim zu ermitteln und dem HFWA Auskunft zu erteilen, zu welchem Zweck die Stadt Bornheim die Beteiligung hält und welche Erlöse bei einem Verkauf erzielt werden könnten.	

Der o. g. Antrag der FDP-Fraktion wird einstimmig bei 2 Stimmenthaltungen (CDU tw., BM) angenommen.

PG	Liste SPD	Nr. -
	<u>Antrag/Anfrage</u> Sponsorenkatalog <u>Beschreibung</u> Der Bürgermeister wird beauftragt, einen sogenannten Sponsorenkatalog nach dem Wesseling Modell zu erstellen.	

Der Bürgermeister wird beauftragt, die Voraussetzungen für die Umsetzung eines Sponsorenkataloges zu prüfen und hierbei insbesondere die Auswirkungen auf vorhandenes Sponsoring im Stadtgebiet einzubeziehen.
Stimmenverhältnis:

-Einstimmig-

PG 1.01.15	Liste FDP	Nr. 22
<u>Antrag/Anfrage</u> Mietwohngebäude <u>Beschreibung</u> Der VPLA beauftragt den Bürgermeister, die verbliebenen Mietwohngebäude der Stadt Bornheim auf Römerstraße, Apostelpfad und Gringel höchstbietend zu versteigern. Auf die Einhaltung der Sozialkriterien ist wie bei den bisherigen Verkäufen von Mietwohngebäuden zu achten.		

Der Ausschuss hat von dem Antrag und den Ausführungen der Verwaltung Kenntnis genommen.

Stimmenverhältnis:

-Einstimmig-

PG 1.04.01	Liste UWG/Forum	Nr. 5
<u>Antrag/Anfrage</u> Tollitätentreff <u>Beschreibung</u> Unsere Anfrage im HFWA nach den Personalaufwendungen für den Tollitätentreff 2011 ist noch nicht beantwortet. Zusätzlich bitten wir nun um Angabe der Personalaufwendungen für den Tollitätentreff 2012.		

AM Kuhl stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Debatte.

AM Dr. Kuhn spricht gegen den Antrag.

AM Dr. Kuhn stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Rednerliste.

Der Antrag des AM Dr. Kuhn wird einstimmig angenommen.

Der Antrag der FDP-Fraktion, den Tollitätentreff ab dem Jahr 2014 nicht mehr in Regie der Stadt Bornheim durchzuführen und keine städtischen Aufwendungen für diese Veranstaltung mehr vorzusehen und auf Antrag der CDU-Fraktion den Kartenverkauf für das Jahr 2013 durch Dritte vornehmen zu lassen, wird mit einem Stimmenverhältnis von

12 Stimmen für den Antrag (CDU, FDP, B90/Die Grünen tw., UWG)

07 Stimmen gegen den Antrag (SPD, BM)

02 Stimmenthaltungen (B90/Die Grünen tw.)

angenommen.

PG 1.06.01	Liste CDU/B90/GRÜNE	Nr. 9
<u>Antrag/Anfrage</u> U3-Ausbau <u>Beschreibung</u> Der Bürgermeister wird beauftragt, 1. darzustellen, mit welchen finanziellen städtischen Mitteln der U3-Ausbau zur Erreichung der Bedarfsquote von 35% erfolgt. Dabei sollen priorisierend Maßnahmen mit möglichst geringem finanziellen Aufwand als erste Berücksichtigung finden, ebenso soll dem örtlichen Bedarf entsprochen		

- werden.
2. darzustellen, mit welchen finanziellen städtischen Mitteln der U3-Ausbau zur Erreichung der von Bornheimer Eltern gewünschten Bedarfsquote von über 40 % erfolgen könnte.

Der o.g. Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Beschreibung) wird einstimmig angenommen und zur Berichterstattung durch den Bürgermeister an den JHA verwiesen.

PG 1.12.04	Liste FDP	Nr. 25
	Antrag/Anfrage Taxibus und AST Beschreibung Wie sind die Nutzerzahlen und Kosten der beiden Systeme AST und Taxibus? Sieht die Verwaltung in den bestehenden Systemen Verbesserungsbedarf? Gibt es eine Auswertung der Nutzerbeschwerden? Gibt es genaue Nutzungsdaten und Kostenaufstellungen für die Taxibuslinie nach Heimerzheim?	

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss beauftragt den Bürgermeister die Kosten der AST für die Tage zu ermitteln, an denen ein Betrieb bisher ausgeschlossen ist und die RVK aufzufordern, die Nennung der Zahlen vorzunehmen.

Stimmenverhältnis:

-Einstimmig-

Änderungsliste zum Entwurf HHPlan 2012/13 (Ergebnisplan) siehe Seiten
Änderungsliste zum Entwurf HHPlan 2012/13 (Finanzplan) siehe Seiten

2. beschließt die Haushaltssatzung 2012/2013 mit allen Anlagen unter Berücksichtigung der beschlossenen und redaktionellen Änderungen an den Rat zu verweisen, und
3. beschließt das Haushaltssicherungskonzept bis zum Jahre 2022 ohne Votum an den Rat zu verweisen.